

M. Kraska

Zürich, den 21.09.2008
überbracht

VG
Militärstr. 36
8004 Zürich

Beschwerde

in re

Staats- und Gemeindesteuern / Eidg. Verrechnungssteuer

Beschluss 1 ST.2009.17; 1 DB.2009.12 vom 17.06./**13.07.**2009, Steuerrekurskommission I des Kantons Zürich, mitwirkend Präsident U. Hofstetter, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner und S H. Knüsli, kostenfrei, - **Beilage**

Verfügung 1 ST.2009.17 & 1 DB.2009.12 vom 16.03.2009, Steuerrekurskommission I des Kantons Zürich, mitwirkend U. Hofstetter, Präsident & H. Knüsli, Sekretär, kostenfrei

Einspracheentscheid des kantonalen Steueramtes BW-192-23/meq Reg.Nr: 561.50.241.000 vom 06.01.2009, Kantonales Steueramt Zürich, kostenfrei, unterzeichnet von Thomas Wolfensberger, Teamleiter & R. Meyer, Steuerkommissär, - Beilage

Abholungseinladung vom 04.10.2006, 8032 Zürich Neumünster unbekanntes Inhalts

Einschätzungsentscheid für Staats- und Gemeindesteuern 2006 Kapitalleistungen gem. § 37 StG Re.Nr.: 561.50.241.117 Steuergemeinde vom 23.11.2006

Hinweis Direkte Bundessteuer 2006, Sonderveranlagung, Kapitalleistungen aus Vorsorge gemäss Art. 38 DBG - Beilagen,

Veranlagungsverfügung Register-Nr: 0261 04 561.50.241.117 vom 11.08.2008 aufgrund Einschätzung des Steuerkommissärs Steuerperiode: 2006

rechtfertigt sich innert Frist *Wiederholung & Ergänzung* folgender

A Anträge

1. „Es sei

- **Beschluss** 1 ST.2009.17; 1 DB.2009.12 vom 17.06./**13.07.**2009, Steuerrekurskommission I des Kantons Zürich, mitwirkend Präsident U. Hofstetter, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner und S H. Knüsli, kostenfrei, - **Beilage**

- **Verfügung** 1 ST.2009.17 & 1 DB.2009.12 vom 16.03.2009, Steuerrekurskommission I des Kantons Zürich, mitwirkend U. Hofstetter, Präsident & H. Knüsli, Sekretär, kostenfrei
- **Einspracheentscheid des kantonalen Steueramtes** BW-192-23/meq Reg. Nr: 561. 50.241.000 vom 06./17.01.2009, Kantonales Steueramt Zürich, kostenfrei, unterzeichnet von Thomas Wolfensberger, Teamleiter & R. Meyer, Steuerkommissär, - Beilage
- **Einschätzungsentscheid für Staats- und Gemeindesteuern 2006 Kapitaleistungen gemäss § 37 StG Re.Nr.: 561.50.241.117 Steuergemeinde** vom 23.11.2006
- **Hinweis** Direkte Bundessteuer 2006, Sonderveranlagung, Kapitalleistungen aus Vorsorge gemäss Art. 38 DBG - Beilagen,
- **Veranlagungsverfügung Register-Nr: 0261 04 561.50.241.117** vom 11. 08.2008 aufgrund Einschätzung des Steuerkommissärs Steuerperiode: 2006

ex tunc vollständig nichtig zu erklären und vollumfänglich kosten- & entschädigungspflichtig unverzüglich aufzuheben.

2. Es sei *self-executing* eine national *wirksame* Untersuchung und *self-executing* eine national *wirksame*, öffentliche Beurteilung gem. EMRK Art. 6-1 i.V.m. EMRK Art. 13 i.V.m. IPBPR von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen unverzüglich anhand zu nehmen.
3. Es sei Rechtsverzögerung, Rechtsverweigerung, Verletzung von Self-executing-Völkerrecht und Verfahrensgarantien im Sinne der Verweigerung des rechtlichen Anspruchs auf materielles und formelles Gehör des IBf's von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen *self-executing* national *wirksam* festzustellen.
4. Es sei im Ausmass der *restitutionis ad integrum quo ante* dem IBf kostendeckenden Schadenersatz, angemessene Genugtuung und wirksamen punitive damage zuzusprechen.
5. Es sei weitere rechtliche Schritte, Beweismittel, Zeugen etc. insbesondere uneingeschränktes Nachklagerecht zu gewähren und zu gewährleisten.
6. Es sei sämtliche Eingaben des IBf's als integrierender Bestandteil auch vorliegender Beschwerde zu erklären.
7. Es seien sämtliche durch die Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter bisher in dieser Angelegenheit veranlassten rechtlichen Schritte unverzüglich unter K- & E-Folgen zu Gunsten des IBf's zu revozieren incl. Betreibungen aller Orts & Konkursamt Bern-Laupen.
8. Es sei Löschung aller Zahlungsbefehle/Nichtigerklärung aller Verlustscheine etc. bei allen einschlägigen Konkurs- & Betreibungsämtern nachweislich kontrollierbar zu veranlassen incl. Konkursamt Bern-Laupen.

9. Es sei von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen *self-executing* national *wirksam* festzustellen, dass die Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter angebliche Schulden im Konkurs vom 03.08.1995, Konkursamt Bern-Laupen, zu Unrecht geltend gemacht und sich aus der Konkursmasse zu Unrecht bereichert und den IBf zu Unrecht entreichert haben.
10. Es sei von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen *self-executing* national *wirksam* festzustellen, dass die Gemeinde 8134 Adliswil/ZH für die Jahre 1990, 1991, 1992, 1993, 1994 & 1995 *definitiv* das Reineinkommen mit CHF **null** Franken und *definitiv* das Reinvermögen mit CHF **null** Franken unangefochten unwidersprochen festgestellt hat.
11. Es sei von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen *self-executing* national *wirksam* festzustellen, dass die Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter in vorliegender Rechtssache bisher zu *Unrecht* sich bereichert haben.
12. Es sei von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen *self-executing* national *wirksam* festzustellen, die Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter in dieser Angelegenheit bisher den IBf's zu *Unrecht* entreichert, diskriminiert, geschädigt und in seinen persönlichen Verhältnissen wider besseres Wissen verletzt haben.
13. Es sei alle Beweismittel gem. ZGB Art. 8 & 9 von Völkerrechts/Gesetzes/Amtes wegen beizuziehen.
14. Es sei uneingeschränkt *vollständiges Akteneinsichtsrecht* zu gewähren.
15. Es sei *aufschiebende* Wirkung zu gewähren.
16. Es sei für alle steuerrechtlichen Verfahren *unentgeltlich* Prozessführung & Prozessvertretung zu gewähren und zu gewährleisten
17. Es sei die Bezahlung aller Kreditkosten, aller Verzugszinse von 5% pa und aller Zinsezinse von 5% pa beginnend ab 01.01.1990 für alle zu Unrecht erwirkten und bezogenen Gelder zu gewähren und zu gewährleisten.
18. Alles unter expliziter Gewährung, Gewährleistung, Verwirklichung aller völkerrechtlich Self-Executing-Verfahrensgarantien gem. EMRK, IPBPR, Menschenrechte und Grundfreiheiten.“

B Begründung

1. Im hiermit auch angefochtenen Entscheid wird gem. Ziff. 3. S. 3. offensichtlich zu Unrecht behauptet, es „*wurde dem Pflichtigen am 12.06.2008 das Akteneinsichtsrecht sowie das rechtliche Gehör gewährt.*“, nachdem der Pflichtige anlässlich dieser Sitzung beklagenswerter Weise feststellen musste, dass die vorgelegten Akten unvollständig gewesen sind und somit entgegen der eingangs erwähnten, falschen Behauptung der Gewährung des Akteneinsichtsrechts sowie des rechtlichen Gehörs absolut keine Rede sein kann.

2. Seit 1990 wird der IBf durch die Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter zu Unrecht entreichert, diskriminiert, geschädigt und in seinen persönlichen Verhältnissen verletzt, indem die Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter ohne Grund x-beliebige Gelder vom IBf einfordern, indem sie diese strafrechtlich offizialdeliktisch relevant schuldhaft strafbar mit Hilfe des SchKG's amtsmissbräuchlich erhältlich gemacht haben und indem sie wiederholt und fortgesetzt damit bis zum heutigen Tag weiterhin gesetzwidrig fortfahren.
3. Anlässlich der auf *Vorladung vom 30.05.2008* stattgefundenen *Verhandlung vom 12.06.2008* um 08:30, Bändliweg 21, 8048 Zürich, mit dem Steuerkommissär ist Unvollständigkeit der zur Einsicht aufgelegten Akten festgestellt worden.
4. Eine allfällige Einschätzung ohne gehörige Gewährung und Verwirklichung des völkerrechtlich verfahrens garantiert *self-executing rechtlichen Anspruchs* auf formelles und materielles Gehör auch hinsichtlich *vollständiger* Akten ist infolge vorsätzlich böswillig antizipierter Willkür ist *a priori* wegen dringenden Verdachts strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar amtsmissbräuchlich zu beurteilender, ungetreuer Amtsführung, Begünstigung & vorsätzlicher Unterdrückung von Akten von Völkerrechtes/Amtes wegen gegen Unbekannt, Präsident U. Hofstetter, A. Tobler, M. Ochser, H. Knüsli, Thomas Wolfensberger, Teamleiter & R. Meyer, Steuerkommissär unverzüglich Strafuntersuchung anhand zu nehmen.
5. Erst nach Einsicht in von Amtes wegen zunächst zu vervollständigenden Akten und nach uneingeschränkter Einsicht in die Akten kann auf Unklarheiten/Fragen allfälliger Weise zurückgekommen werden.
6. Seit 1985 wird der IBf durch die Zürcher *Gesundheitsdirektion* - sic!: Massenmord in Raten an 5000 meist jungen SchweizerInnen infolge illegalen Spritzenabgabeverbotes 1985/6 durch Peter Wiederkehr, Gonzague Kistler, Martin Brunnschweiler und andere - durch Bundes-, Staats- und Gemeindesteuerämter zu Unrecht entreichert, diskriminiert, geschädigt und in seinen persönlichen Verhältnissen verletzt und zusätzlich durch vorsätzliche **Regierungs- & RichterInkriminalität des Zürcher Regierungsrates, des Verwaltungsgerichtes und des Schweizer Bundesgerichtes**; vertreten durch
 - Regierungsratspräsidentin a.D., Ständerätin **Verena Diener**,
 - VerwaltungsrichterIn **Jürg Bosshart, Elisabeth Trachsel, Rudolf Bodmer & GS Felix Helg** sowie durch die
 - Bundesrichter **Merkli, Müller & Karlen** und andere

zur Armengenössigkeit gezwungen, indem die Bundes-, Staats-, Gemeindesteuerämter & Gerichte ohne Grund x-beliebige Gelder vom IBf einfordern, indem sie diese völkerrechtlich offizialdeliktisch strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar amtsmissbräuchlich mit Hilfe von vorsätzlichen, regierungs- & richterlichen Lügenurteilen & SchKG's erhältlich gemacht haben und indem sie wiederholt und fortgesetzt damit bis zum heutigen Tag weiterhin völkerrecht- & gesetzwidrig damit fortfahren.

C Mangelhafte Eröffnung

1. Aus mangelhafter Eröffnung, insbesondere wegen unrichtiger oder unvollständiger Rechtsmittelbelehrung oder wegen Fehlens einer vorgeschriebenen Rechtsmittelbelehrung, dürfen den Parteien keine Nachteile erwachsen- **Art. 49 BGG**.
2. Ist nach kantonalem oder Bundesrecht gegen einen Entscheid die Berufung oder der Rekurs oder gegen einen Endentscheid die Nichtigkeitsbeschwerde zulässig, so sind bei der mündlichen wie bei der schriftlichen Mitteilung die Frist für die Einlegung des Rechtsmittels, sein notwendiger Inhalt und die Stelle, an die es zu richten ist, anzugeben - **§ 188 GVG**.
3. Jede Person hat vor Gerichts- und Verwaltungsinstanzen Anspruch auf rasche und wohlfeile Erledigung des Verfahrens - **Art. 18-1 KV**.
4. Die Parteien haben Anspruch auf einen begründeten Entscheid mit Rechtsmittelbelehrung - **Art. 18-2 KV**.
5. Die schriftliche Mitteilung ist zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen, die das zulässige ordentliche Rechtsmittel, die Rechtsmittelinstanz und die Rechtsmittelfrist bezeichnet - **§ 10-2 VPG**.
6. Da die hiermit auch angefochtene *Verfügung 1 ST.2009.17 & 1 DB.2009.12* vom 16.03.2009, Steuerrekurskommission des Kantons Zürich, mitwirkend U. Hofstetter, Präsident & H. Knüsli, Sekretär, weder Rechtsmittelbelehrung noch Rechtsmittelinstanz beinhaltet, verletzt diese inkriminierte Verfügung alle einschlägigen Artikel & Paragraphen des *Self-executing-Völkerrechts*, der obzitierten Bundes- & Kantonsverfassung, des Bundesgerichts-, Gerichtsverfassungs- & Verwaltungsrechtspflegegesetzes und ist demzufolge *mangelhaft eröffnet ex tunc null und nichtig*.
7. Gleichzeitig wird hiermit die Richtigkeit der *unbegründeten* „Begründung“ der angefochtenen Verfügung im Einzelnen wie in deren Gesamtheit als vorsätzlich amtsmissbräuchlich erfolgte Falschinterpretation und Falschanwendung einschlägiger Bestimmungen des *Self-executing-Völkerrechts* und der *Minimalanforderungen*¹ eines Rechtsstaates im Sinne der **Inkorporations-, Rechtsmittel-, Untersuchungs-, öffentliche Beurteilungs-, öffentliche Verkündungs-, Sanktionierungs-, Wiedergutmachungs- & Präventionspflicht** vollumfänglich bestritten.
8. Indem akten- und tatsachenwidrig böswillig *unbewiesene Behauptungen* und *falsche Unterstellungen* als dadurch *begründete* „Begründung“ angeführt worden ist, machen sich die mitwirkenden Herren U. Hofstetter, Präsident, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner & H. Knüsli, Sekretär, des vollendeten Tatbestandes des Anscheines der Befangenheit, Parteilichkeit und Feindschaft gegenüber dem *Self-executing-Völkerrecht*, der Bundes- & Kantonsverfassung, dem Bundesgerichts-, Gerichtsverfassungs- & Verwaltungsrechtspflegegesetz & dem unschuldig zu geltenden IBf in unzumutbarer Weise strafrechtlich vorsätzlich relevant schuldhaft strafbar *schuldig*

¹ **Universeller Menschenrechtsschutz**, Walter Kälin/Jörg Künzli, ISBN 3-7190-2459-8, 2005, II. Innerstaatliche Durchsetzung der Menschenrechte, 1. Überblick, S.176 ff

und haben von Amtes Völkerrechtes/Gesetzes/ Amtes wegen *ohne Verzug in un-streitigen Ausstand* zu treten.

9. Aus den gleichen Gründen werden die mitwirkenden Herren U. Hofstetter, Präsi-dent, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner & H. Knüsli, Sekretär selbstverständlich mit Wirkung *ex nunc* auch sofort abgelehnt.

D die lächerlichsten Justizterroristen Dr. iur. Jürg Bosshart, Dr. Rudolf Bodmer, lic. iur. Felix Held und Dr. iur. Elisabeth Trachsel am men-schenrechtswidrigen Zürcher Verwaltungs-„Gericht“

1. Bereits mit Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich VB 103/1986 vom **11.03.1987**, III. Kammer, in der Besetzung mit Vizepräsident Emil Dietsch (Vor-sitz), **Jürg Bosshart**, Heinrich Schalcher, Walter Peter, Ersatzmann Tobias Jaag und GS Martin Straub hat der **lächerlichsten Justizterrorist, Dr. iur. Jürg Bosshart**, verheiratet mit Rosmarie und Vater von Stefan und Ursula, Alte Römerstr. 22, 8404 Winterthur, 052 242 80 14, sein hochleistungskriminelles, vor-sätzlich menschenrechtswidriges, strafrechtlich relevant schuldhaft strafbares Ver-halten nachgewiesen.
2. Indem die **Vorrichter** U. Hofstetter, Präsident, die Mitglieder A. Tobler, M. Och-sner & H. Knüsli & **Justizterroristen** In Dr. iur. **Jürg Bosshart**, Dr. Rudolf Bod-mer, lic. iur. Felix Held und Dr. iur. Elisabeth Trachsel den *unverzicht-, unantast- & unverjährbar* rechtlichen Anspruch auf materielles und formelles Gehör gestützt auf EMRK, IPBPR, BV & Gesetz hinsichtlich unter anderem *unentgeltlicher* Prozessver-tretung und Prozessführung verweigern, setzen die VorrichterIn & Justizterroriste-nIn - vorsätzlich wider besseren Wissens - einen Nichtigkeitsgrund und begehen zu-sätzlich völkerrechtlich officialdeliktisch strafrechtlich relevant schuldhaft self-exe-cuting strafbar den vollendeten Tatbestand des dringenden Verdachts des Amts-missbrauchs, der ungetreuen Amtsführung, der Begünstig-ung, der Unterdrückung von Beweismitteln im gerichtlichen Verfahren, der Rechts-verzögerung, Rechtsver-weigerung und der Verletzung von *Self-executing* Völker-recht, EMRK, BV & Gesetz gegenüber dem eigenen Rechtsstaat und IBf, was einmal mehr dessen Ablehnung und Ausstand begründet und rechtfertigt.
3. Der Anspruch auf *unentgeltliche* Prozessführung und *unentgeltliche* Prozessvertre-tung ist völkerrechtlich verfahrens garantiert *self-executing* und rechtsgenügend aus-gewiesen.
4. Indem die völkerrechtlich officialdeliktisch strafrechtlich relevant schuldhaft wegen Amtsmissbrauchs, Befangenheit, Parteilichkeit & Feindschaft strafbar abgelehnten **Vorrichter** U. Hofstetter, Präsident, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner & H. Knüsli & **Justizterroristen** In Dr. iur. Jürg Bosshart, Dr. Rudolf Bodmer, lic. iur. Felix Held und Dr. iur. Elisabeth Trachsel keine Gutheissung der Gesuche des IBf's um *unentgeltliche Prozessführung*, um *unentgeltliche Prozessvertretung und Zu-gang zu einem vorhandenen Rechtsmittel gem. EMRK Art. 6-1* im Sinne der Anträge der Zivilklage allenfalls an die zuständige Stelle von Amtes wegen gem. GVG-ZH § 194-2 vorgenommen haben, haben die hiermit zur Anzeige gebrachten Vorrichter

vorsätzlich zusätzlich nach kantonaler ZPO und Bundesrecht einen Nichtigkeitsgrund begründet und gesetzt.

5. Der IBf erlaubt sich Zirkulationsbeschluss Geschäft Nr. CB060020/U vom 08.02.2006, 3. Abteilung als untere kantonale Aufsichtsbehörde über Betreibungsämter, BGZ, mitwirkend BRin lic.iur. Schorta Tomio als Vorsitzende i.V., Dr. Bühler, Ersatzrichter lic.iur. Niklaus Bannwart & GS lic.iur. Mikkonen, 100% kostenpflichtig CHF 377, ins Recht zu legen, wonach: Zitat:

„... wegen partieller Prozessunfähigkeit des Beschwerdeführers nicht mehr [auf Eingaben] einzutreten, ...“, - Beilage w,

weshalb zur **gehörigen Führung** dieses Prozesses, auch unentgeltlich, es offensichtlich eines Rechtsbeistandes bedarf.

6. Gem. § 281 ZPO kann gegen Endentscheide Nichtigkeitsbeschwerde erhoben werden, wenn geltend gemacht wird, der angefochtene Entscheid beruhe zum Nachteil des Nichtigkeitsklägers 1. auf der Verletzung eines wesentlichen Verfahrensgrundsatzes. Indem die Klage nicht zugelassen wird, droht ein nicht leicht wieder gutzumachender Nachteil für den Kläger und verursacht einen bedeutenden Aufwand an Zeit und Kosten für ein weitläufiges Verfahren und begründet einen weiteren Nichtigkeitsgrund.
7. Indem der partiell prozessunfähig erklärte Kläger als Handlungsunfähiger im Prozess nicht gehörig vertreten war, ist ein weiterer Nichtigkeitsgrund gegeben.
8. Im Zivilverfahren sind als *Rechtsmittelvoraussetzungen* sowohl die Berufung als auch der Rekurs etc. gegeben. Indem die angefochtene Erledigungsverfügung mit mangelhafter Rechtsmittelbelehrung der Nichtigkeitsbeschwerde eröffnet worden ist und dadurch für den Kläger keine Nachteile bewirken darf (Art. 49 BGG), ist ein weiterer Nichtigkeitsgrund *ex tunc* gegeben.
9. Indem das Gericht/Rekurskommission wiederum in totaler Geheimjustiz die Verfügung/Beschluss erlassen hat, wird bereits der völkerrechtlich verfahrensgarantiert *self-executing* rechtliche Anspruch auf materielles und formelles Gehör des Klägers durch ein unabhängiges, unparteiisches, auf dem Gesetz & Art. 6-1 EMRK beruhendes Gericht, welches innert nützlicher Frist, auf billige Weise untersucht, öffentlich beurteilt und öffentlich verkündet, vorsätzlich wider besseres Wissen völkerrechtlich officialdeliktisch strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar amtsmissbräuchlich verletzt.
10. Gem. § 281 ZPO kann gegen Endentscheide Nichtigkeitsbeschwerde erhoben werden, wenn geltend gemacht wird, der angefochtene Entscheid beruhe zum Nachteil des Nichtigkeitsklägers, 2. auf einer aktenwidrigen oder willkürlichen tatsächlichen Annahme. Indem die Vorinstanz akten- & tatsachenwidrig angenommen hat, die zivilrechtlich beklagte Schuldnerin sei entweder Leistungsversicherer, Leistungserbringerin oder beides, begründet das Gericht wieder einen Nichtigkeitsgrund.
11. Gem. § 281 ZPO kann gegen Endentscheide Nichtigkeitsbeschwerde erhoben werden, wenn geltend gemacht wird, der angefochtene Entscheid beruhe zum Nachteil des Nichtigkeitsklägers 3. auf einer Verletzung klaren materiellen Rechts. Indem die Vorinstanz feststellt, angeblich spiele der Zeitpunkt der Entstehung einer Forderung

eine rechtliche Rolle, wird nochmals ein Nichtigkeitsgrund gesetzt, indem kein Richter über dem Gesetz steht, NZZ Samstag/Sonntag, 15./16.11.2008 Nr. 268 S. 18.

12. Ausserdem ist Vormerk zu nehmen, dass die Begründung auch die angefochtenen Verfügungen/Beschlüsse sowohl im Einzelnen als auch in seiner Gesamtheit strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar vorsätzlich amtsmissbräuchlich in ungetreuer Amtsführung ergangen, vollumfänglich bestritten wird.
13. Gem. § 84-1 ZPO wird Parteien, denen die Mittel fehlen, um neben dem Lebensunterhalt für sich und ihre Familie die Gerichtskosten aufzubringen, auf Gesuch die unentgeltliche Prozessführung bewilligt, sofern der Prozess nicht als aussichtslos erscheint.
14. Rügen wegen Verletzung von Self-executing-Völkerrecht sind kostenlos.
15. Gem. § 84-2 ZPO kann das Gericht vom Gesuchsteller Ausweise verlangen, ihn über seine Verhältnisse sowie seine Angriffs- und Verteidigungsmittel einvernehmen und auch den Prozessgegner anhören.
16. Unabhängig davon wird ausserdem zusätzlich mit Beweismittel gem. ZGB Art. 8 & 9 die finanzielle Mittellosigkeit des IBf's mit Verlustschein VS-NR: 25440 vom 03.11.2008 in Betreuung Nr. 109587, Betreibungsamt Zürich 6, und Verlustschein VS-NR: 25442 vom 04.11.2008 in Betreuung Nr. 109588, Betreibungsamt Zürich 6, einmal mehr und weiterhin gerichtsnotorisch bekannt und unwidersprochen glaubhaft nachgewiesen, - Beilagen.
17. Gem. § 85-1 ZPO befreit die unentgeltliche Prozessführung die Partei von der Pflicht zur Bezahlung der Gerichtskosten und zur Leistung von Kauttionen und Barvorschüssen.
18. Gem. § 87 ZPO wird auf besonderes Gesuch, auch ohne Bewilligung der unentgeltlichen Prozessführung, unter den Voraussetzungen von § 84 ein unentgeltlicher Rechtsvertreter bestellt, falls die Partei für die gehörige Führung des Prozesses eines solchen bedarf.
19. Die vorbefassten, offensichtlich einseitig begabt promovierten Oberrichter Dr. iur. H. A. Müller, Vorsitzender, Dr. iur. H. Schmid, Dr. iur. J. Zürcher & GS lic. iur. Matthias Nägeli et al. haben die mit Beweismittel gem. ZGB Art. 8 & 9 hinsichtlich FK/Zirkulationsbeschluss Geschäft Nr. CB 060020/U vom 08.02. 2006, 3. Abteilung als untere kantonale Aufsichtsbehörde über Betreibungsämter, BGZ, glaubhaft nachgewiesene „**partielle Prozessunfähigkeit**“ des IBf's weder widerlegt noch begründet, dass der IBf ohne unentgeltlicher Rechtsbeistand seine Rechtssache **gehörig zu vertreten** in der Lage sein soll.
20. Über Antrag 16 ist **sofort zu entscheiden**, insbesondere nicht, wenn Antrag 16 zu Beginn des Zivilverfahrens wie vorliegend erfolgreich gestellt wurde, erst mit dem Endentscheid.
21. Aufgrund vorherrschenden Staatsterrorismus durch das Schweizer Bundesgericht, vertreten durch **Merkli Thomas et al.**, Staatsterrorist und Bundesrichter, die Zürcher Todesdirektion - **Peter Wiederkehr, Ernst Buschor, Verena Diener & Thomas Heiniger** - mit über 5000 ermordeten, meist jungen SchweizerInnen und

FOLGEN, ist - gerichtsnotorisch bekannt - finanzielles Einkommen des IBf's unter-
sagt worden und rechtfertigt selbstverständlich wie bisher unverändert auch Antrag 1
- **eo ipso loquitur** -, - Beilage.

22. Den/r VorrichternIn ist gem. Art. 17 i.V.m. 18 EMRK ausdrücklich - **ius cogens** -
untersagt, die EMRK zu benutzen, diese weitergehend zu beschränken oder Ausser-
kraft zu setzen, als in der EMRK vorgesehen ist, weshalb sich alle Vorrichter **vor-
sätzlich** völkerrechtlich officialdeliktisch verfahrensgarantiert self-executing straf-
bar gemacht haben, indem sie den rechtlichen Anspruch auf formelles und materiel-
les Gehör des IBf's systematisch und in Geheimjustiz beschränkt & ausser Kraft ge-
setzt haben.
23. In unüberwindbarem Widerspruch zum *Self-executing*-Völkerrecht steht Art. 14 VG,
wonach für von Bundesrichter begangene Delikte im Zusammenhang mit ihrer
amtlichen Tätigkeit für eine Strafverfolgung in jedem Fall die Zustimmung der Bun-
desversammlung erforderlich ist, was klar und deutlich ein völkerrechtswidriges
Strafverfolgungsprivileg bedeutet.
24. Gem. Art. 2-1 BGG ist das Bundesgericht in seiner Recht sprechenden Tätigkeit un-
abhängig und nur dem Recht verpflichtet. Seine Entscheide können gem. Art. 2-2
BGG nur von ihm selbst nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben
oder geändert werden. *Self-Executing*-Völkerrecht ist davon nicht ausgenommen
25. Art. 34-1 BGG Ausstandsgründe:

Richter, Richterinnen, Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen (Gerichtspersonen) treten in Ausstand, wenn sie:

- in der Sache ein **persönliches** Interesse haben;
- in einer anderen Stellung, insbesondere als Mitglied einer Behörde, als Rechtsberater oder Rechtsberaterin einer Partei, als sachverständige Person oder als Zeuge beziehungsweise Zeugin, in der gleichen Sache tätig waren;
- aus anderen Gründen, insbesondere wegen **Rückgriffklagebedrohtheit**, wegen besonderer Freundschaft oder persönlicher Feindschaft mit einer Partei, oder ihrem Vertreter beziehungsweise ihrer Vertreterin, befangen sein könnten.

Indem alle vorgenannt vorbefassten Bundes- & Zürcher RichterInnen den völkerrechtlich *self-executing* Anspruch auf materielles und formelles Gehör des IBf's auf ein Gericht gem. EMRK Art. 6-1 systematisch konsequent seit Jahren wiederholt und fortgesetzt vorsätzlich strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar vorsätzlich in jeder Beziehung in Geheimjustiz wider Besseres Wissen verweigern, ist das Gesuch um Ausstand rechtlich hinreichend begründet.

Art. 35-1 BGG Mitteilungspflicht:

Trifft wie vorliegenden Falls bei einer Gerichtsperson ein oder mehrere Ausstandsgründe zu, so hat sie dies rechtzeitig dem Abteilungspräsidenten oder der Abteilungspräsidentin mitzuteilen.

Indem alle vorgenannten & alle vorbefassten **Vorrichter** U. Hofstetter, Präsident, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner & H. Knüsli & **Justizterroristen** In Dr. iur. Jürg Bosshart, Dr. Rudolf Bodmer, lic. iur. Felix Held und Dr. iur. Elisabeth Trachsel, Bundes- & Zürcher Richterinnen den völkerrechtlich *self-executing* Anspruch auf materielles und formelles Gehör des IBf's auf ein Gericht gem. EMRK Art. 6-1 systematisch konsequent seit Jahren vorsätzlich strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar in jeder Beziehung in Geheimjustiz wider besseres Wissen verweigert und bis dato aufgrund vorliegender Akten nie Mitteilung ans Abteilungspräsidium oder in kantonaler Analogie erstattet haben, ist das Gesuch um Ausstand rechtlich einmal mehr hinreichend begründet.

Wurde von allen VorrichterIn verletzt.

Art. 37-1 BGG Entscheid

Bestreitet die Gerichtsperson, deren Ausstand verlangt wird, oder ein Richter beziehungsweise eine Richterin der Abteilung den Ausstandsgrund, so entscheidet die Abteilung unter Ausschluß der betroffenen Gerichtsperson über den Ausstand.

² Über die Ausstandsfrage kann ohne Anhörung der Gegenpartei entschieden werden.

³ Sollte der Ausstand von so vielen Richtern und Richterinnen verlangt werden, daß keine gültige Verhandlung stattfinden kann, so bezeichnet der Präsident beziehungsweise die Präsidentin des Bundesgerichts durch das Los aus der Zahl der Obergerichtspräsidenten und -präsidentinnen der in der Sache nicht beteiligten Kantone so viele außerordentliche nebenamtliche Richter und Richterinnen, als erforderlich sind, um die Ausstandsfrage und nötigenfalls die Hauptsache selbst beurteilen zu können.

Wurde von allen VorrichterIn verletzt.

Art. 64-1 BGG Unentgeltliche Rechtspflege

Das Bundesgericht befreit eine Partei, die nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, auf Antrag von der Bezahlung der Gerichtskosten und von der Sicherstellung der Parteientschädigung, sofern ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheint.

² Wenn es zur Wahrung ihrer Rechte notwendig ist, bestellt das Bundesgericht der Partei einen Anwalt oder eine Anwältin. Der Anwalt oder die Anwältin hat Anspruch auf eine angemessene Entschädigung aus der Gerichtskasse, soweit der Aufwand für die Vertretung nicht aus einer zugesprochenen Parteientschädigung gedeckt werden kann.

³ Über das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege entscheidet die Abteilung in der Besetzung mit drei Richtern oder Richterinnen. Vorbehalten bleiben Fälle, die im vereinfachten Verfahren nach Artikel 108 behandelt werden. Der Instruktionsrichter oder die Instruktionsrichterin kann die unentgeltliche Rechtspflege selbst gewähren, wenn keine Zweifel bestehen, daß die Voraussetzungen erfüllt sind.

⁴ Die Partei hat der Gerichtskasse Ersatz zu leisten, wenn sie später dazu in der Lage ist.

Wurde von allen VorrichterIn verletzt.

Art. 56-1 BGG Anwesenheit der Parteien und Urkundeneinsicht

Die Parteien sind berechtigt, der Beweiserhebung beizuwohnen und in die vorgelegten Urkunden Einsicht zu nehmen.² Wo es zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen notwendig ist, nimmt das Gericht von einem Beweismittel unter Ausschluß der Parteien oder der Gegenparteien Kenntnis.³ Will das Gericht in diesem Fall auf das Beweismittel zum Nachteil einer Partei abstellen, so muß es ihr den für die Sache wesentlichen Inhalt desselben mitteilen und ihr außerdem Gelegenheit geben, sich zu äußern und Gegenbeweismittel zu bezeichnen.

Wurde von allen VorrichterIn verletzt.

Art. 64-1 BGG Unentgeltliche Rechtspflege

Das Bundesgericht befreit eine Partei, die nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, auf Antrag von der Bezahlung der Gerichtskosten und von der Sicherstellung der Parteientschädigung, sofern ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheint.² Wenn es zur Wahrung ihrer Rechte notwendig ist, bestellt das Bundesgericht der Partei einen Anwalt oder eine Anwältin. Der Anwalt oder die Anwältin hat Anspruch auf eine angemessene Entschädigung aus der Gerichtskasse, soweit der Aufwand für die Vertretung nicht aus einer zugesprochenen Parteientschädigung gedeckt werden kann.

³ Über das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege entscheidet die Abteilung in der Besetzung mit drei Richtern oder Richterinnen. Vorbehalten bleiben Fälle, die im vereinfachten Verfahren nach Artikel 108 behandelt werden. Der Instruktionsrichter oder die Instruktionsrichterin kann die unentgeltliche Rechtspflege selbst gewähren, wenn keine Zweifel bestehen, daß die Voraussetzungen erfüllt sind.

⁴ Die Partei hat der Gerichtskasse Ersatz zu leisten, wenn sie später dazu in der Lage ist.

Wurde von allen VorrichterIn verletzt.

Art. 105-1 BGG Maßgebender Sachverhalt

Das Bundesgericht legt seinem Urteil den Sachverhalt zugrunde, den die Vorinstanz festgestellt hat.

² Es kann die Sachverhaltsfeststellung der Vorinstanz von Amtes wegen berichtigen oder ergänzen, wenn sie offensichtlich unrichtig ist oder auf einer Rechtsverletzung im Sinne von Artikel 95 beruht.

Indem alle vorgenannt vorbefassten **Vorrichter** U. Hofstetter, Präsident, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner & H. Knüsli & **Justizterroristen** In Dr. iur. Jürg Bosshart, Dr. Rudolf Bodmer, lic. iur. Felix Held und Dr. iur. Elisabeth Trachsel, Bundes- & Zürcher Richterinnen den völkerrechtlich *self-executing* rechtliche Anspruch auf materielles und formelles Gehör des IBf's und auf ein Gericht gem. EMRK Art. 6-1 systematisch konsequent seit Jahren vorsätzlich wider Besseres Wissen strafrechtlich relevant schuldhaft strafbar in jeder Beziehung in Geheimjustiz verweigern und bis dato aufgrund vorliegender Akten nie *unentgeltliche Prozessführung/Vertretung etc.* gerichtlich weder untersucht noch öffentlich beurteilt haben, sind a. Bundesrecht, b. Völkerrecht & c. kantonale verfassungsmäßige Rechte in Serie kumulativ gravierend verletzt und vorinstanzlich allfällig behauptete Sachverhalte können ohne Untersuchung und ohne völkerrechtlich zwingende Beurteilung gem. EMRK Art. 6-1 etc. in Verbindung mit völkerrechtlichem Anspruch auf Minimalanforderungen² im Sinne der **Inkorporations-, Rechtsmittel-**

² **Universeller Menschenrechtsschutz**, Walter Kälin/Jörg Künzli, ISBN 3-7190-2459-8, 2005, II. Innerstaatliche Durchsetzung der Menschenrechte, 1. Überblick, S.176 ff

Untersuchungs-, öffentliche Beurteilungs- öffentliche Verkündungs-, Sanktionierungs-, Wiedergutmachungs- & Präventionspflicht rechtlich gar keine festgestellt worden sein.

Gem. § 95-1 GVG ist ein Richter, Geschworener, Untersuchungs- und Anklagebeamter, Kanzleibeamter oder Friedensrichter ist von der Ausübung seines Amtes **ausgeschlossen** in eigener Sache, wenn er oder eine dieser Personen mit einer Rückgriffsklage zu rechnen hat.

Die wiederholt und fortgesetzt zur Anzeige gebrachten **Vorrichter** U. Hofstetter, Präsident, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner & H. Knüsli & **Justizterroristen** In Dr. iur. Jürg Bosshart, Dr. Rudolf Bodmer, lic. iur. Felix Held und Dr. iur. Elisabeth Trachsel haben bei vorliegendem Ausschlussgrund sich von Amtes wegen der Ausübung eines Amtes zu enthalten; d.h., sie dürfen keine Amtshandlungen vornehmen (ZR 89 Nr. 55 E. 4, 93 Nr. 22 E. 5):

Der Ausstand muss von keiner Partei verlangt werden.

Es genügen demzufolge bereits alle schon zuvor wiederholt durch VorrichterIn begangenen Straftatbestände für die gesetzliche Enthaltung der Ausübung eines Amtes im hängigen Verfahren auch ohne Antrag einer Partei.

Somit haben die VorrichterIn sich vorsätzlich amtsmissbräuchlich in ungetreuer Amtsführung begünstigend ohne gesetzliche Kognitionsbefugnis Amtsanmassung zu Schulden kommen lassen.

Gem. § 102-1 GVG haben die Parteien nicht ausdrücklich auf den Ausstand verzichtet, wodurch das Verfahren vor einem ausgeschlossenen oder mit Erfolg abgelehnten Justizbeamten und jeder Entscheid, an welchem er teilgenommen hat, anfechtbar ist. Bei Ablehnung wirkt die Anfechtbarkeit jedoch erst von der Stellung des Begehrens an. Die Anfechtung erfolgt auf dem Rechtsmittelweg.

Somit führt ein weiterer Nichtigkeitsgrund zur Aufhebung des angefochtenen Entscheides.

Gem. § 102-2 haben die VorrichterIn ihre Meldepflicht im Sinne von § 97 GVG verletzt, wobei der Ablehnungsgrund erst nach Eröffnung des Endentscheids entdeckt wurde, weshalb der zur Ablehnung Berechtigte die Aufhebung des Entscheids auf dem Rechtsmittelweg verlangt.

Die Tatsache, dass die VorrichterIn auf Grund ihres gesetzesbrecherischen Verhaltens wiederholt und fortgesetzt strafverzeigt worden sind, haben die VorrichterIn mit Rückgriffsklagen zu rechnen auch schon zu einem Zeitpunkt, bevor Parteien solche eingereicht haben, weshalb die VorrichterIn gesetzlich von der Ausübung ihres Amtes – meldepflichtig - zwingend und a priori – ex tunc ausgeschlossen sind.

Den/r VorrichterIn ist gem. Art. 17 i.V.m. 18 EMRK ausdrücklich - **ius cogens** - untersagt, die EMRK zu benutzen, diese weitergehend zu beschränken oder Ausserkraft zu setzen, als in der EMRK vorgesehen ist, weshalb sich alle Vorrichter **vorsätzlich** völkerrechtlich officialdeliktisch verfahrensgarantiert self-executing strafbar gemacht haben, indem sie den rechtlichen Anspruch auf formelles und materiel-

les Gehör des IBf's systematisch in Geheimjustiz amtsmissbräuchlich vorsätzlich mit Vehemenz ausser Kraft gesetzt haben.

Steht's zu Ihren Diensten mit der Ihnen gebührenden Wertschätzung

Freundliche Grüsse

E Beilagen/FK:

- **Beschluss** 1 ST.2009.17; 1 DB.2009.12 vom 17.06./**13.07.2009**, Steuerrekurskommission I des Kantons Zürich, mitwirkend Präsident U. Hofstetter, die Mitglieder A. Tobler, M. Ochsner und S H. Knüsli, kostenfrei
- Mangelrüge vom 30.06.2008 betr. unvollständiger Akten/Unterlagen
- Einspracheentscheid der Veranlagungsbehörde BW-192-23/meq Reg.Nr: 561.50.241.000 vom 06.01.2009, Kantonales Steueramt Zürich, kostenfrei, unterzeichnet von Thomas Wolfensberger, Teamleiter & R. Meyer, Steuerkommissär
- **Sämtliche Eingaben und Beweismittel des IBf's sind von Amtes wegen beizuziehen und bilden integrierender Bestandteil auch vorliegender Beschwerde**